

Wieder. Zusammen mit der Reichsbank wird das Wirtschaftsmi...
Wirtschaftsmi...
Wirtschaftsmi...

Finanzminister Dr. Reinhold über seine Steuerpolitik.

Berlin, 19. März. Im Steueraus...
Reichstages erklärte heute Reichsfinanzminister Dr. Reinhold u. a.: Wir lassen durch Stichproben feststellen, wie sich die Besteuerung des Landwirtschafts praktisch auswirkt, wieweit eine ungleiche Belastung der buchführenden Großlandwirtschaft und der nicht buchführenden kleinen Landwirte vorliegt. Wenn wir starke Ungleichheiten feststellen sollten, werden wir Mittel zu ihrer Beseitigung anwenden können. Ich halte auch heute daran fest, daß die Realsteuern in gleicher Weise wie die Umsatzsteuer produktionsverteuernd wirken. Ich habe als Landesfinanzminister zweimal die Realsteuern gesenkt. Als Reichsfinanzminister habe ich diese Möglichkeit nur bei der Umsatzsteuer. Die Entschärfung des Reichsrates bedeutet die Zustimmung der Länder zum Kernstück meiner Finanzreform, daß nämlich eine Verwaltungsreform und Sparmaßnahme in den öffentlichen Ausgaben die Voraussetzung für die Durchführbarkeit der Steuerentlastungen ist. In die Prüfung, wieweit solche Ersparnisse möglich sind, soll nach dem Vorschlag des bairischen Finanzministers sofort eingetreten werden. Die Länder haben nur erklärt, falls auch bei äußerster Sparmaßnahme der Ausfall an Umsatzsteuer nicht gedeckt wird, daß dann das Reich in irgend einer Form den Ländern die nötigen Mittel zur Verfügung stellen soll. Der jetzt verhältnismäßig geringe Steuerertrag aus dem freien Einkommen erklärt sich aus der schweren Notlage der Wirtschaft. Bei normalen wirtschaftlichen Verhältnissen wäre das Verhältnis des Ertrages aus dem freien Einkommen zudem aus der Lohnsteuer unerträglich. Wenn ich den deutschnationalen Antrag als unannehmbar bezeichnet habe, so war damit nicht gemeint, daß für die Reichsregierung jeder Abänderungsantrag unannehmbar sei. Bei einer normalen Entwicklung der Wirtschaft wird auch der nötige Betriebsmittelfonds vorhanden sein.

Um das Arbeitslosenversicherungsgesetz.

Eine Eingabe der Gewerkschaften.
Die Spitzenverbände der Gewerkschaften haben dem Reichsarbeitsminister nachfolgende Eingabe überreicht: „Die unterzeichneten Spitzenverbände der Gewerkschaften halten die sofortige Beratung, Verabschiedung und Durchführung des Gesetzes über die Arbeitslosenversicherung für dringend geboten.“

Da mit einer raschen Erledigung aber nicht gerechnet werden kann, zumal die Begründung zum Gesetzentwurf noch nicht vorliegt, muß eine Zwischenlösung gefunden werden. Das ist um so mehr notwendig, als die jetzige Regelung der Höchstätze ausdrücklich als vorübergehend bezeichnet, die Kurzzeitarbeiterunterstützung beschränkt, und das ganze Unterstützungssystem so kompliziert wurde, daß eine bis zum Inkrafttreten des Gesetzes gültige Regelung mit gleichzeitiger Vereinfachung des gesamten Verfahrens durchgeführt werden muß.

Obwohl wir überzeugt sind, daß die Einwände gegen die jetzigen Höchstätze auf der Verallgemeinerung von Einzelfällen beruhen, sind wir doch gern bereit, zu unserem Teil an der Beseitigung etwa vorhandener Mängel mitzuwirken.

Eine wirksame Abhilfe und zugleich eine gerechte Bemessung der Unterstützungssätze erblicken wir einzig und allein in der Abschaffung der Einteilung nach Wirtschaftsgebieten und Ortsklassen und der Einführung von nach Lohnklassen gestaffelten Unterstützungssätzen.

Gleichzeitig müßten die Bestimmungen über Kriegsfolge und Bedürftigkeit aus der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge, weil mit der Beitragspflicht unvereinbar, ausgemerzt werden.

Da eine erneute Regelung der Unterstützungssätze ohnehin zum 1. Mai erfolgen muß, und dieser Termin infolge der stärkeren Beschäftigung in der Landwirtschaft für eine Änderung des Berechnungssystems besonders günstig ist, hätte die Einführung der Staffelunterstützung am 1. Mai zu erfolgen.

Eine Besprechung dieser Anträge mit den unterzeichneten Organisationen müßte vor der in Aussicht genommenen Sitzung des Ausschusses für Erwerbslosenfürsorge der Reichsarbeitsverwaltung erfolgen. Wir ersuchen daher den Herrn Reichsarbeitsminister, recht bald einen Termin dafür anzugeben.“

Die nationalen Minderheiten.

Von Prof. Dr. Georg M. d. R.

Der Schutz der deutschen Minderheiten in der Welt ist eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Politik im Völkerbunde. Aber es liegt auf der Hand, daß dieser Versuch nur dann Erfolg haben wird, wenn die nationalen Minderheiten innerhalb des deutschen Reiches sich vollständiger Bewegungsfreiheit in Bezug auf ihre eigenen Angelegenheiten zu erfreuen haben. Das alte Preußen hat ihnen diese Bewegungsfreiheit nicht gegeben und dadurch eine dauernde Misstimmung der Welt gegen sich großgezogen. Niemand kann behaupten, daß jene preussische Politik, die auf Niederhaltung, eventuell auf Germanisierung der fremden Minderheiten ausging, zu irgendwelchem Ergebnis geführt habe; die Erbitterung der Polen und Dänen gegen Preußen und Deutschland war vielmehr eine Ursache ihrer inneren Stärkung und damit einer zunehmenden Gefahr für das Reich. Erst seit es nun so zahlreiche deutsche Minderheiten in fremden Staaten gibt und Unterdrückung ihr gegenwärtiges Los an den meisten Stellen ist, hat sich in Deutschland das Gefühl für die Bedeutung der Minderheitenfrage überhaupt entwickelt. Wir spüren jetzt am deutschen Volke gemessen, was es heißt, rechtlos zu sein, der eigenen Schule und allen Kulturinstitutionen ja des freien Gebrauchs der Muttersprache beraubt zu werden. Wir erheben berechtigten Einspruch gegen solche Unterdrückung des Deutschtums in der Welt und müssen als Echo hören, das wir selber einst das Beispiel der Unterdrückung gegeben hätten, und daß wir ja bis heute den in Deutschland lebenden fremden Minderheiten ihr Recht vorenthalten. — Die Minderheitenfrage hat also für uns notwendig das doppelte Gesicht: Gerechtigkeit für die Deutschen außerhalb des Reiches und Gerechtigkeit für die Nichtdeutschen innerhalb des Reiches. Es ist völlig amorph, das eine oder das andere zu wollen. Unser Ruf nach Gerechtigkeit für unsre Volksgenossen draußen wird ungehört verhallen, wenn wir nicht zu gleicher Zeit freiwillig den im Reich lebenden nationalen Minderheiten ihr volles Recht gewähren. Wir müssen freiwillig und rasch handeln, denn sonst wird sich die Leidenschaft untrer Volksgenossen unter fremder Staatsgewalt verlängern, und wenn man uns erst drängen muß, wird sicherlich die Regelung draußen nicht musterhaft sein. Um das Schicksal unserer auswärtigen Volksgenossen so gut wie nur irgend möglich zu gestalten muß die innerdeutsche Regelung vom Geiste vollkommener Gerechtigkeit getragen sein. Schon sind uns einzelne andere Staaten, wie Estland und Lettland, vorangegangen; der Zeitpunkt, musterhaftes Beispiel zu geben, ist in gewisser Hinsicht schon verpaßt. Aber noch kann den größeren Staaten gegenüber, in deren Bereich zurzeit deutsche Volksgenossen leben, der Vorsprung gewonnen werden; Deutschland kann ein Musterbeispiel für die Ordnung der Minderheitenfrage aufstellen. Preußen hat soeben begonnen, die dänischen Minderheit in Nordschleswig entgegenzukommen, aber es gibt noch Polen in Preußen und Wenden in Sachsen, die ihr nationales Recht verlangen, und man sollte diese Minderheitenfrage auch nicht mit kleinen Abzugszahlungen zu lösen versuchen.

Die Demokratische Partei hat deshalb im Reichstags den Antrag eingebracht, die Reichsregierung möge ein Rahmengesetz erlassen, das den deutschen Ländern die allgemeinen Richtlinien zur Behandlung der Minderheitenfrage gibt, dem Reich aber die Überwachung der Ausführung vorbehält. Es kann nicht gebudelt werden, daß die Länder noch länger zögern oder daß sie ihre Minderheiten verschieden behandeln; das Reich muß vorangehen und die leitenden Grundzüge aufstellen. Möge nicht noch mehr Zeit in einer Frage verloren werden, an der das Schicksal von hunderten tausenden deutscher Volksgenossen jenseits der deutschen Grenzen hängt. Schaffen wir eine musterhafte Regelung der Minderheitenfrage, so wird ein moralischer Druck auf alle anderen Staaten ausgeübt. Wir müssen vor dem Völkerbunde sagen können, daß wir vorangegangen sind und daß die anderen nachzuziehen haben. Jeder Versuch, vor dem Völkerbunde für die unterdrückten deutschen Minderheiten in der Welt einzutreten, würde eine Lächerlichkeit sein, wenn man uns auf die Minderheiten in dem eigenen Lande hinweisen dürfte. Es muß also verlangt werden, daß die Reichsregierung so rasch als möglich handelt.

Die Beschlüsse der Londoner Arbeitszeitkonferenz.

London, 19. März. Das Arbeitsministerium veröffentlicht die Beschlüsse der internationalen Arbeitszeitkonferenz über die Auslegung des Washingtoner Abkommens. Danach soll sich Artikel 1 der Washingtoner Konvention über die 48-Stundenwoche auf alle industrielle Unternehmungen beziehen, ganz gleich, wieviel Personen in dem Unternehmen beschäftigt sind. Ausgenommen sind nur diejenigen Betriebe, in denen nur Mitglieder derselben Familie arbeiten. Der eigentliche Post-, Telegraphen- und Telephondienst soll den Bestimmungen des Abkommens nicht unterliegen, dagegen die Instandhaltungs- und Ausbesserungsarbeiten. Zu Artikel 2 ist beschlossen worden, daß die Arbeitsstunden die Zeit umfassen, während deren die Beschäftigten zur Verfügung des Arbeitgebers stehen. Zu Artikel 3b wurde vereinbart, daß die Höchstgrenze der Überstundenzahl durch die nationale Gesetzgebung bestimmt werden soll. Bezüglich der Entlohnung der Überstunden wurde beschlossen, daß die in Art. 6 vorgesehene Mindestsatzrate von 25 Prozent obligatorisch ist. Die 48 Arbeitsstunden in jeder Woche auf 5 Tage zu verteilen oder in zwei Wochen auf elf Tage ist statthaft. Bezüglich der Eisenbahnbetriebe wurde beschlossen, daß diese dem Abkommen unterliegen. Falls die Bestimmungen der Art. 5 und 6a den Bedürfnissen der Eisenbahn nicht entsprechen sollten, so ist eine notwendige Überstundenzahl erlaubt. Zu Art. 14 wurde beschlossen, daß jede Regierung verpflichtet ist, den Artikel zur Durchführung des Abkommens in ihre Gesetzgebung aufzunehmen. Ferner ist vereinbart worden — von England unter Vorbehalt —, daß die Bestimmungen des Art. 14, die die Außerkräftsetzung der 48-Stundenwoche regeln, nur im Falle einer Krise anzuwenden ist, die die nationale Wirtschaft bedroht. In Mitleidenschaft zieht, daß sie die Existenz des ganzen Volkes bedroht, nicht aber bei Krisen, die lediglich einzelne Zweige der Industrie gefährden.

Die Beamten der Republik können sie bekämpfen, — wollen aber von ihr bezahlt sein!

Berlin, 19. März. Die Versammlung der deutschnationalen Beamtenvereine, die aus Anlaß des Parteitag des Landesverbandes Berlin stattfand, hat folgende Entschlüsse gefaßt:

1. Der Reichsminister des Innern, Herr Dr. Brüning, hat im Haushaltsausschuß des Reichstages am ersten d. März, von den Beamten gefordert, daß sie die republikanische Staatsform bejahen sollen. Diese Forderung steht im Widerspruch zu den Erklärungen, welche die Reichsregierung am 31. Juli und 18. September 1919 durch den Reichskommissar Dr. Preuß und den Staatssekretär Dewald in der Nationalversammlung hat abgeben lassen. Darin ist ausdrücklich betont worden, daß von den Beamten keine innere Uebereinstimmung mit der jetzigen republikanischen Staatsform verlangt und ihnen die Teilnahme an Bestrebungen auf Umänderung der Reichsverfassung nicht verweigert wird. Die deutschnationalen Beamten Großberlins ersuchen die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei, von der Reichsregierung eine unabweisende Erklärung zu verlangen, ob sie die in den oben erwähnten Ausführungen der Herren Preuß und Dewald den Beamten zugebilligte Gehalts- und Meinungsfreiheit als auch heute noch zu Recht bestehend anerkennen.

2. Die deutschnationalen Beamten des Landesverbandes Berlin der Deutschnationalen Volkspartei ersuchen die Reichstagsfraktion, allen Bestrebungen auf Verlängerung des Besoldungsperrgesetzes und auf Stärkung der Gehälter, Wartegelder, Ruhegehälter und Hinterbliebenenbezüge entgegenzutreten.“

Neue 50-Pfennig-Stücke.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages wurde von der Regierung über die Prägung der Reichsmünzen mitgeteilt, daß im Rechnungsjahre 1926 mit Münzprägungen fortgefahren werde, und zwar 200 Millionen Reichsmark in Silbermünzen (100 Millionen Reichsmark in 2-Mark-Stücken und 100 Millionen Reichsmark in 5-Mark-Stücken). Daneben wird wegen der außerordentlich vielen Münzfälschungen voraussichtlich die Einziehung der 50-Pfennig-Stücke aus Aluminiumbronze und deren Ersatz durch eine Reinnickelmünze vorgenommen werden müssen. Die Kosten der Prägung werden auf 67 550 000 Mark geschätzt, denen ein Erlös aus der Silberprägung und aus der Verwertung der eingezogenen 50-Pfennig-Stücke in Höhe von 200 950 000 Mark gegenübersteht. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold glaubte nicht, daß der Anschlag, die alten Silbermünzen wieder in Kurs zu setzen, entworfen werden kann.

Der Buchstabe D.

Gemäß Dekret vom 18. September 1925 wurde im Kriegsministerium das Los gezogen über den Buchstaben des Alphabets, der die einzuhaltende Reihenfolge für die Einreihung der Soldaten des ersten Kontingents von 1926 in die Einheiten von Nordafrika bestimmt. Das Los fiel auf den Buchstaben V. Infolgedessen werden die 18 Monate dienenden Soldaten, deren Name mit V oder einem der nächsten Buchstaben beginnt, bis der Bedarf gedeckt ist, nach Afrika geschickt werden, sofern sie nicht einer der nachstehenden Kategorie angehören:

- 1. Verheiratet, mit oder ohne Kinder, und Witwer mit Kindern. 2. Jene, deren Vater oder zwei Brüder im Krieg gefallen sind. 3. Älteste Söhne von Witwen, älteste Brüder von Waisenkindern. 4. Junge Leute, deren Bruder sich bereits auf einem auswärtigen Kriegsschauplatz befindet, sofern dieser Bruder nicht mit dem nächsten Kontingent entlassen wird. 5. Titulare des Brevet für höhere militärische Vorbereitung. 6. Titulare des Brevet für gewöhnliche militärische Vorbereitung bis zu 10 Prozent der Zahl dieser jungen Leute, klassiert nach der Anzahl Punkte, die sie bei der Prüfung erreicht haben. 7. Leute, die dem Hilfsdienst angehören. Die unter die Kategorie 1, 2, 3 und 4 fallenden jungen Leute haben sofort bei ihrem zuständigen Rekrutendepot ein Gesuch mit den entsprechenden Belegen einzureichen. Die jungen Leute, die nicht durch das Los für den Dienst in Nordafrika bestimmt worden sind, werden unter die verschiedenen Truppenkörper der Metropole und der Rheinarmee nach den üblichen Regeln verteilt werden.

Die Stärke der englischen Luftflotte.

Der Unterstaatssekretär im Luftfahrtministerium teilte mit, daß die englische Luftflotte zurzeit 688 altive und 58 eskadronen Reserveflugzeuge besitzt. Die Einrichtung einer Flugzeuglinie Chartum—Ostafrika sei in Vorbereitung.

Die Ursache des Blutbades von Peking.

Peking, 19. März. Zu dem gestrigen Zusammenstoß wird noch bekannt, daß das Feuer auf die demonstrierenden Studenten nicht von Soldaten der Kuomintang- oder Nationalarmee, sondern von Wachen des Leiters der Exekutivgewalt eröffnet wurde. Zwischen diesen und den Studenten scheint eine gewisse Spannung zu bestehen, nachdem gestern mehrere Studenten bei einem Zusammenstoß mit den Wachen verletzt wurden. Die Wachen verwehrten den Studenten den Zutritt zum Ministerium. Als diese mit Gewalt eindringen wollten, machten die Wachen vom Bajonett Gebrauch und eröffneten schließlich aus nächster Nähe das Feuer. Unter den Studenten herrscht große Enttäuschung. Gerüchteleise verlautet, daß die Regierung gegen sie neue Maßnahmen zu ergreifen beabsichtigt und auch die kommunistischen Führer verhaften will. Neben den Zusammenstößen sind, wie gemeldet wird, ungefähr 50 Personen ums Leben gekommen und 62 verwundet worden. Die Stadt ist zur Zeit äußerlich ruhig, jedoch herrscht große Erregung. Die Wachen sind geschlossen, der Straßenbahnverkehr ist eingestellt.

Zur Zo...
macht d...
erste Na...
bankst...
Hältig...
Finanz...
mäh der...
scheid...
lungen...
Bei gen...
ausficht...
für die...
einem B...
werbung...
sein soll...
Bald...
dem al...
erzogen...
so steht...
den in...
Dem Dr...
Nordbur...
Hüpfen...
in Langer...
übertr...
Vorform...
Ieren Erz...
violette...
Schönheit...
entgegen...
Lipenden...
die garten...
In Wiet...
Ang W...
jung kann...
wohl viel...
stehen...
Stellen...
sichlich...
Lichen Tra...
Der...
dem aber...
der Biele...
hilfe des...
Wiele der...
Werte die...
mal in...
Welche...
wohl we...
Pantusch...
bald ersch...
se hinged...
Urprü...
auf gelege...
ein heilun...
schen Kur...
und sich...
Pflanzen...
mit dem...
Orkent...
reich ent...
zur Gewin...
Mittels...
etwa 40 000...
Durch...
des Innern...
1925 werde...
Durchführ...
eine große...
sogenannte...
Erschließ...
Länge des...
Standes...
Kreishaupt...
die das...
mit solch...
soll in...
erster...
schub...
auf...
berlischen...
in Verbin...
nur wo...
sich sel...
bescheiden...
sich fre...
sich Pflan...
sich an...
schub...
Autos...
ein Person...
Der Verke...
Steyden...
denselben...
überquerte...
hätte in...
Kreuzpost...
b. u. nicht...
genommen...
Bei gen...
am Sonnab...
georgen...
Kümmel...
Anmeldun...
Bahnhofs...
gegengenom...